

Beschlussvorschlag

Die Vertreterversammlung möge beschließen:

1. Die Aufstockungsmaßnahme wird so zügig wie möglich fortgesetzt.
2. Der Vorstand wird ermächtigt, die anstehenden Auftragsvergaben für die Aufstockung der Landesgeschäftsstelle bis zu einer Höhe der Gesamtkosten von **1.600.000 Euro** brutto zu tätigen.
3. Der Vorstand wirkt darauf hin, den Gesamtkostenrahmen in Höhe von **1.600.000 Euro** brutto nicht auszuschöpfen, im Gegenteil durch weitere Sparmaßnahmen möglichst weit darunter zu bleiben.

Die Finanzierung erfolgt aus der zu diesem Zweck gebildeten Rücklage. Anpassungen des laufenden Haushaltsplanes sind nicht nötig, da hier bereits Investitionsmittel in Höhe von 1.000.000 Euro vorgesehen sind.

Eine Kreditaufnahme ist nicht erforderlich.

Mainz, 19. Mai 2026